

Uniper macht Verlust von über zwölf Milliarden Euro

Stand: 09:08 Uhr | Lesedauer: 2 Minuten

Der angeschlagene Energiekonzern Uniper muss wegen Russlands Lieferkürzungen teureres Gas einkaufen. Im ersten Halbjahr führte das in dem Düsseldorfer Unternehmen zu einem Verlust von mehr als zwölf Milliarden Euro. Ein Ende der Verluste ist erst für 2024 geplant.

Der angeschlagene Energiekonzern Uniper ([/themen/uniper/](#)) hat im ersten Halbjahr einen Nettoverlust von mehr als 12,4 Milliarden Euro verzeichnet. Allein 6,5 Milliarden Euro stünden im Zusammenhang mit erwarteten künftigen Gaslieferunterbrechungen Russlands, teilte der Versorger am Mittwoch mit. Hinzu kämen Wertminderungen in Höhe von 2,7 Milliarden Euro.

Der Konzern traut sich keine Prognose zu, rechnet für das Geschäftsjahr insgesamt aber mit Verlusten. 2023 solle das Ergebnis verbessert werden und 2024 die Verlustzone verlassen werden.

„Uniper leistet seit Monaten einen essenziellen Beitrag zur Stabilisierung der Gasversorgung in Deutschland – um den Preis von Milliarden-Verlusten, die uns durch die weggebrochenen Liefermengen aus Russland entstehen“, sagte Vorstandschef Klaus-Dieter Maubach. Das habe die Bundesregierung erkannt und konsequent gehandelt. „Oberste Priorität für uns ist jetzt, das Stabilisierungspaket zügig umzusetzen.“

Bund plant Einstieg mit 30 Prozent bei Uniper

Die Bundesregierung brachte gemeinsam mit dem Mutterkonzern Fortum ein Rettungspaket ([/wirtschaft/article239731637/Bundesregierung-will-Schutzschild-fuer-Energiefirmen-schaffen.html](#)) auf den Weg. Es sieht vor, dass der deutsche Staat Uniper mit insgesamt 15 Milliarden Euro unterstützt und mit 30 Prozent bei Uniper einsteigt. Außerdem können Uniper und andere Gasimporteure ab Oktober ab 1. Oktober auf die geplante Gasumlage zurückgreifen.

Im Herbst soll auf einer außerordentlichen Hauptversammlung die Zustimmung der Aktionäre zu den Rettungsbeschlüssen eingeholt werden. Uniper ist durch die Gaslieferungskürzungen Russlands in Schieflage geraten. Der Konzern schreibt hohe Verluste, weil er sich am teuren Spotmarkt Ersatz beschaffen muss.

„Kick-off Politik“ ist der tägliche Nachrichtenpodcast von WELT. Das wichtigste Thema analysiert von WELT-Redakteuren und die Termine des Tages. Abonnieren Sie den Podcast unter anderem bei Spotify (<https://open.spotify.com/show/5YJ9twWCs7n3TWY1v9qCND>), Apple Podcasts (<https://podcasts.apple.com/de/podcast/kick-off-politik/id1584780171>), Amazon Music (https://music.amazon.de/podcasts/301a2b98-059b-4c75-84cd-d7f12a072607/KICKOFF-POLITIK?ref=dm_sh_DJg0sEabHwpV0f8wc9yZuPh8v) oder direkt per RSS-Feed.

Reuters/shem

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/240522015>